

Das Politische System Deutschlands

Einführungsvorlesung BM3
Donnerstag 8:15 – 9:45, LSE

Kursplan (1)

1. Einführung in die Thematik

- (1) Einführung
- (2) Verfassungssystem

2. Politische Kerninstitutionen

- (3) Exekutive: Bundesregierung // Bundespräsident
- (4) Legislative: Bundestag und Bundesrat
- (5) Föderalismus: Länder und Kommunen
- (6) Verwaltung und Bundesverfassungsgericht

Kursplan (2)

3. Politische Akteure und Prozesse

- (7) Wahlsystem, Wahlverhalten und Politische Kultur
- (8) Parteiensystem und innerparteiliche Demokratie
- (9) Interessengruppen, Eliten und Medien

4. Verschiebungen und Veränderungen

- (10) Grundgesetzänderungen, Staatsfinanzen, Europäisierung

5. Prüfungen

- (11) Modulabschlussklausur BM3

Zeitungsartikel

- *Wolfgang Rudzio: Kapitel 8 und 9.3, 227-254 und 279-285 (Bundespräsidententeil)*
- *Was darf der Präsident?, Die Zeit, 7.3.1969*

Lernziele der Sitzung

1. Verständnis des Grundtypus des parlamentarischen Systems
2. Verständnis der Wahlverfahren und Aufgaben des Bundespräsidenten
3. Verständnis der Wahlverfahren und Aufgaben der Bundesregierung
4. Grundverständnis der Berechnung von Koalitionsmöglichkeiten anhand verschiedener Theorien sowie der unterschiedlichen Varianten von Regierungsstabilität

Struktur der Vorlesung

Grundlegende Demokratietypen

Bundespräsident

Bundeskanzler

Bundeskabinett

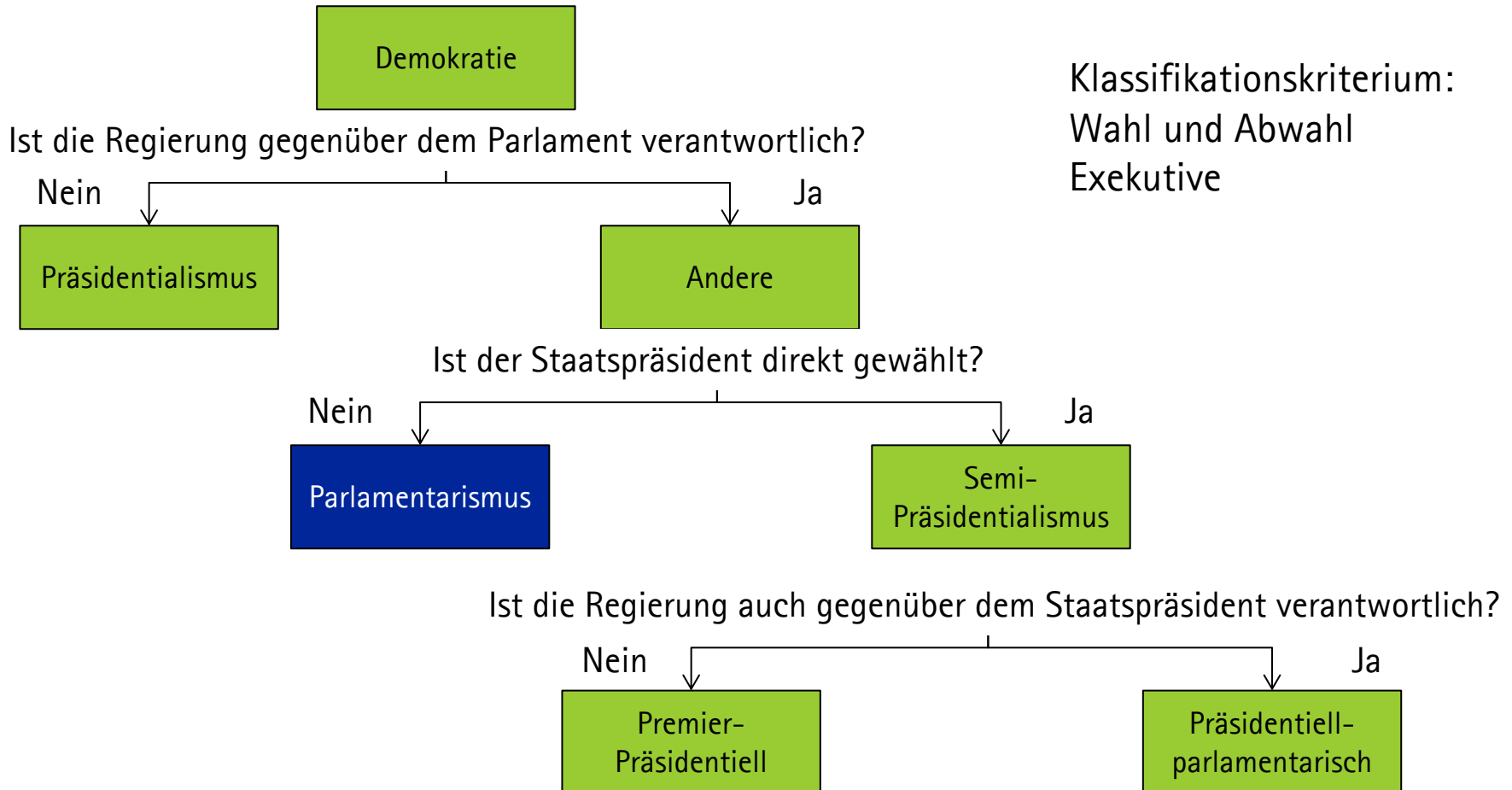
Bundesministerien

Grundlegende Frage für die Klassifikation von demokratischen Systemen:

In welchem Verhältnis stehen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament?

- Wer ernennt/wählt wen?
- Und wer kann wen entlassen/abwählen?

Klassifikation demokratischer Systemtypen Cheibub et al. (2000) sowie Shugart/Carey (1992)



Walter Bagehot: The English Constitution, 1867

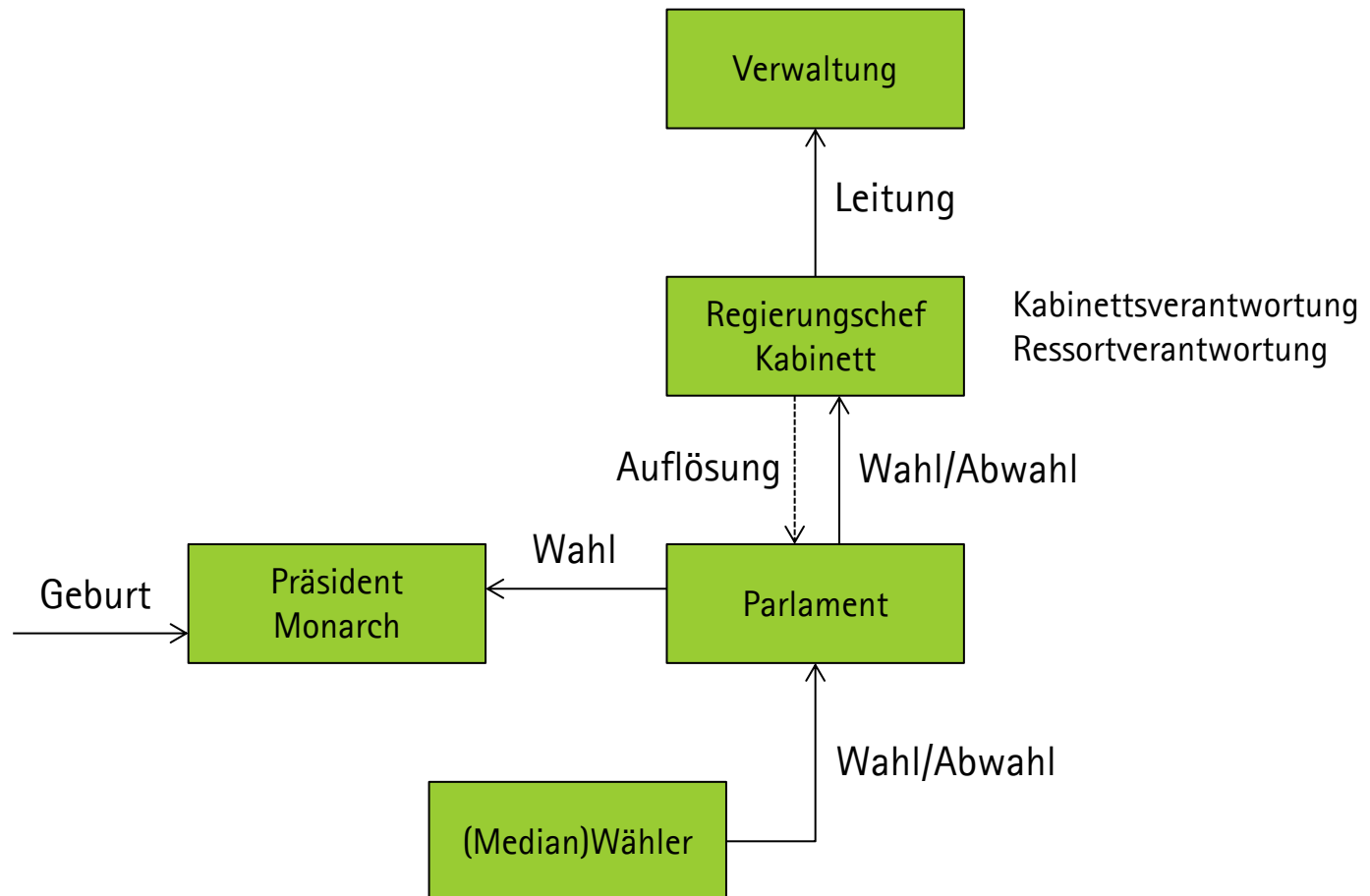
Erste Beschreibung des modernen parlamentarischen Systems:

- "The Queen is only at the head of the dignified part of the constitution. The Prime Minister is at the head of the efficient part"
- "The legislature chosen, in name, to make laws, in fact finds its principal business in making and in keeping an executive"

Idealtyp Parlamentarismus

- Zwei grundlegende Eigenschaften
 - Die Regierung, bestehend aus Regierungschef und Kabinett, geht aus der legislativen Versammlung, dem Parlament, hervor. Dies muss jedoch nicht zwingend durch formale Wahl geschehen
 - Die Regierung kann zu jedem Zeitpunkt aus politischen Gründen durch ein Misstrauensvotum der Parlamentsmehrheit abgewählt werden

Idealtypische Delegationskette im parlamentarischen System



Das grundlegende Verhältnis von Parlament und Regierung

- Prääsidentielle Systeme:
Dichotomie Regierung – Parlament
 - Das Parlament kontrolliert die Exekutive
 - Das Parlament entwirft Gesetze
 - Die Exekutive implementiert diese
- Parlamentarische und semi-präsidentielle Systeme: Dichotomie Regierung – Opposition
 - Die Parlamentsmehrheit übt die Regierungsfunktion aus, entwirft diese und implementiert diese
 - Die Opposition übt die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung aus

Grundlegende Abhängigkeitsmechanismen in einem parlamentarischen System

- Investiturabstimmung: Abstimmung über Regierungschef und/oder Kabinett zu Beginn der Legislaturperiode durch das Parlament
- Vertrauensfrage (ggf. mit Policy): Durch Regierungschef gegenüber der Parlamentsmehrheit gestellt (ggf. kombiniert mit Sachfrage). Bei Niederlage Parlamentsauflösung
- Einfaches Misstrauensvotum: Abwahl des Regierungschefs bzw. einzelner Minister durch das Parlament
- Konstruktives Misstrauensvotum: Abwahl der alten Regierung nur durch Wahl einer neuen Regierung
- Parlamentsauflösung: Parlamentsauflösung durch Regierungschef bzw. Kabinett (nicht immer möglich – fixed term parliaments)

Struktur der Vorlesung

Grundlegende Demokratietypen

Bundespräsident

Bundeskanzler

Bundeskabinett

Bundesministerien

Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt (1)

- Nicht Teil der Exekutive, sondern integriert alle Akteure und Bürger im politischen System
- Aufgaben und Rolle wird auf Grund der Erfahrungen von Weimar stark reduziert, Legitimation reduziert gegenüber Reichspräsident
 - Keine Direktwahl
 - Wenige exekutive Aufgaben
 - Wenig Eingriff in Regierungsbildung und -auflösung
 - Nur noch „Rückfallfunktionen“
- Damit auch Wechsel vom Semi-präsidentiellen System ins parlamentarische System
- Es kommt zu einem Pfadwechsel

Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt (2)

- Protokollarisch die erste Person im Staat
- Amtszeit: 5 Jahre, einfach Wiederwahl
- Wahl des Präsidenten (Art 54 GG)
 - Bundesversammlung
 - Alle Bundestagsabgeordnete
 - Noch einmal so viele Personen werden durch die Landtage ausgewählt
 - Tritt nur für die Wahl des Bundespräsidenten zusammen
 - Wahlregel
 - Absolute Mehrheit im ersten und zweiten Wahlgang
 - Relative Mehrheit im dritten Wahlgang
 - Vereidigung durch Bundestagspräsident

Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt (3)

- Vertretung durch Bundesratspräsident (Art. 57 GG)
- Unvereinbarkeit (Art. 55 GG)
 - Unvereinbar mit Exekutiv- und Legislativämtern in Bund und Land
 - Unvereinbar mit allen weiteren Ämtern und Gewerben
- Präsidentenanklage (Art. 61 GG) möglich
 - Antrag durch 1/4 der Mitglieder von Bundestag oder Bundesrat
 - Anklageerhebung durch 2/3 der Mitglieder von Bundestag oder Bundesrat
 - Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht

Aufgaben des Bundespräsidenten

Reguläre Aufgaben

- Repräsentation und Integration (Art. 56, 59 I GG)
- Schlägt dem Bundestag einen Kanzlerkandidaten zur Wahl vor (begrenzter Spielraum nach Art. 63 I GG)
- Ernennung und Entlassung von Ministern (Art. 64 I GG), sonstige höhere Beamte (Art. 60 GG)
- Ausfertigung von Gesetzen und ihre rechtliche Prüfung (formell, partiell materiell) nach Art. 59 II GG
- Begnadigungsrecht Art. 60 II GG

„Krisenzeiten“

- Das Gewicht des Präsidenten nimmt in einer politischen Krise zu
- Auflösung des Parlamentes
 - Bei Wahl eines Kanzlers mit relativer Mehrheit (Art. 63 GG)
 - Nach verlorener Vertrauensfrage und Bitte durch Kanzler (Art. 68 GG)
- Erklärung des Gesetzgebungsnotstands nach Bitte durch Kanzler (Art. 81 GG)

Bisherige Präsidenten

- 1949–1959 Theodor Heuss, FDP
- 1959–1969 Heinrich Lübke, CDU
- 1969–1974 Gustav Heinemann, SPD
- 1974–1979 Walter Scheel, FDP
- 1979–1984 Karl Carstens, CDU
- 1984–1994 Richard von Weizsäcker, CDU
- 1994–1999 Roman Herzog, CDU
- 1999–2004 Johannes Rau, SPD
- 2004–2010 Horst Köhler, CDU
- 2010–2012 Christian Wulff, CDU
- 2012–2017 Joachim Gauck, parteilos
- 2017– Frank-Walter Steinmeier, SPD

Bisherige Bundespräsidenten (2)



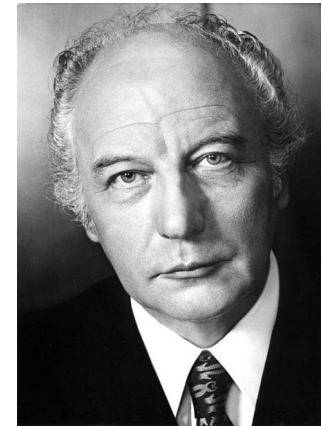
Theodor Heuss



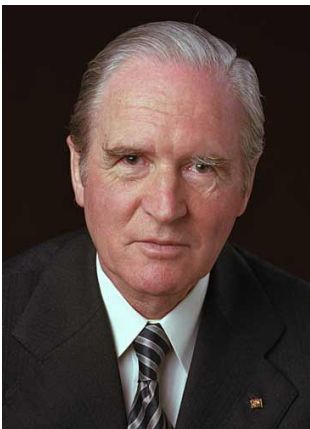
Heinrich Lübke



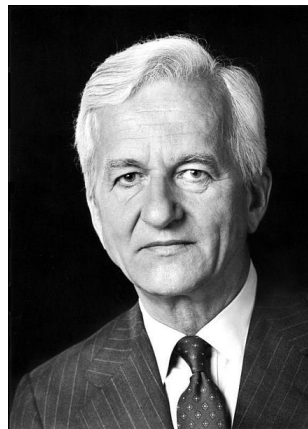
Gustav Heinemann



Walter Scheel



Karl Carstens



Richard v. Weizsäcker



Roman Herzog



Johannes Rau

Bisherige Bundespräsidenten (3)



Horst Köhler



Christian Wulff



Joachim Gauck



Frank-Walter
Steinmeier

Struktur der Vorlesung

Grundlegende Demokratietypen

Bundespräsident

Bundeskanzler

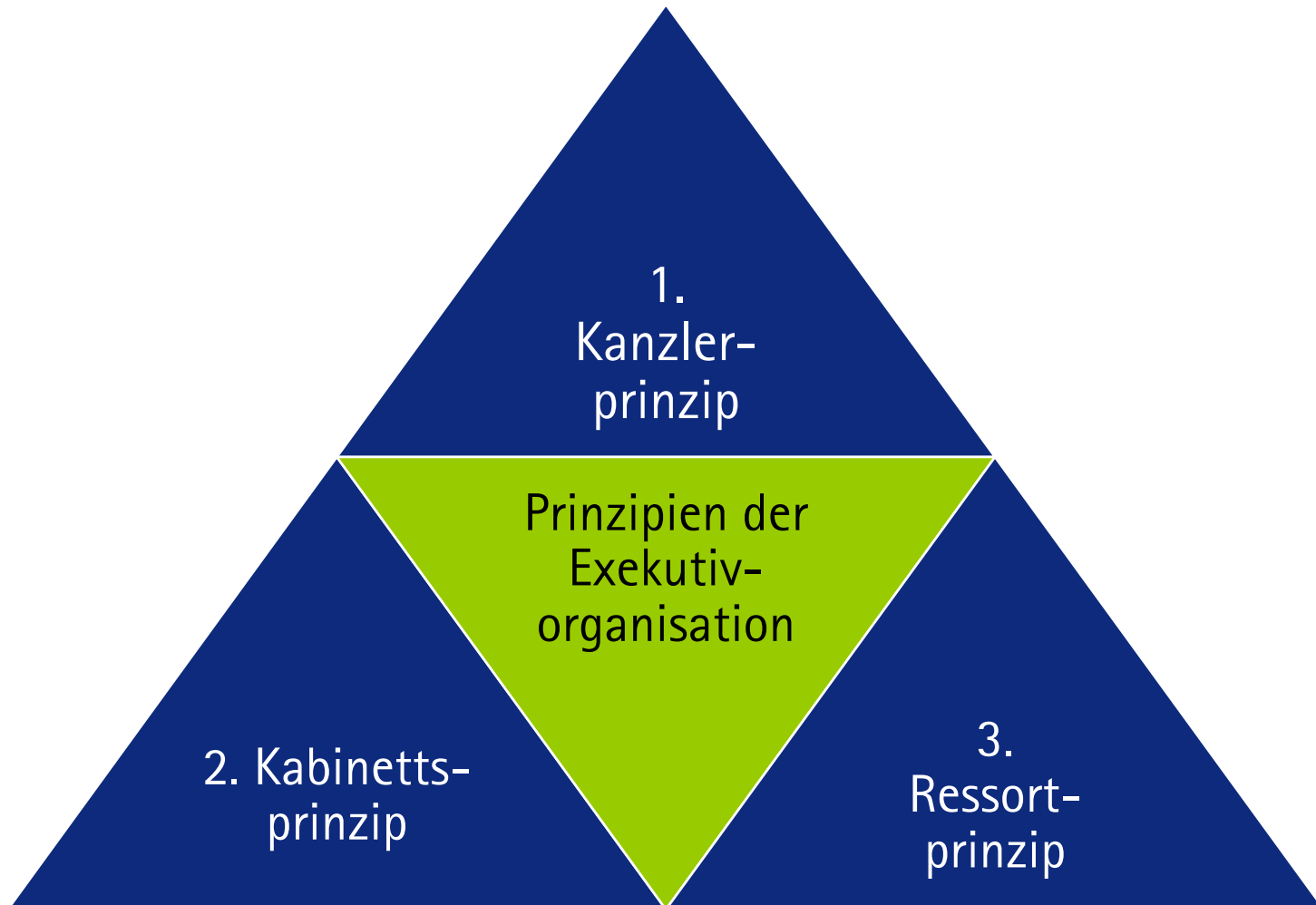
Bundeskabinett

Bundesministerien

Die Bundesregierung

- Art. 62 GG
- Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern
- Weitere Regelungen zur Bundesregierung: Art. 62-69 GG

Drei grundlegende Prinzipien der Exekutivorganisation in der Bundesrepublik Deutschland



Das erste Prinzip: Das Kanzlerprinzip

- Die Rolle des Bundeskanzlers wurde nach der Weimarer Republik gestärkt
- Exekutivmacht verschob sich vom (Reichs-)Präsident zum (Bundes-)Kanzler
- Deshalb sprechen einige Wissenschaftler von einer „Kanzlerdemokratie“ (Karl-Heinz Niclauß)
- Im internationalen Vergleich ist der Bundeskanzler jedoch nicht herausragend einflussreicher als andere Premierminister in parlamentarischen Systemen

Der Bundeskanzler – Aufgaben

- Der Bundeskanzler...
 - Wird allein vom Bundestag gewählt und entlassen (Art. 63, 67, 68 GG)
 - Schlägt die Minister vor und „lässt“ sie durch den Bundespräsident ernennen und entlassen (Art. 64 I GG) / Kabinettsbildungsrecht
 - Hat die Organisationsgewalt über die Geschäftsbereiche der Regierung (Art. 65 GG)
 - Besitzt die politische Richtlinienkompetenz (Art. 65 GG)
 - Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall (Art. 65a GG)
 - Wählt den Stellvertreter (Art. 69 I GG)
- Hat mit dem Bundeskanzleramt einen eigenen politischen Apparat und Ressourcen

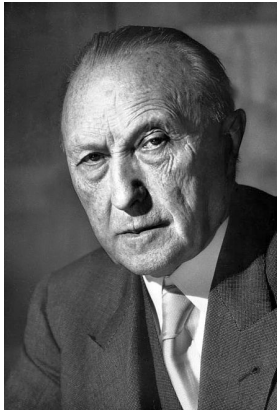
Der Bundeskanzler – Wahl/Investiturabstimmung

- Wahl auf vier Jahre/Legislaturperiode (Art. 63 GG)
- Erster Wahlgang
 - Wahl ohne Aussprache mit absoluter Mehrheit
 - Vorschlagsrecht durch Bundespräsidenten
- Zweiter Wahlgang
 - Binnen 14 Tage mit absoluter Mehrheit
 - Vorschlagsrecht aus Mitte des Bundestages
- Dritter Wahlgang
 - Wahl mit relativer Mehrheit
 - Bundespräsident entscheidet über Annahme oder Bundestagsauflösung
- Unvereinbarkeiten analog zum Bundespräsidenten (Art. 66 GG)
- Vereidigung durch Bundestagspräsidenten

Bisherige Bundeskanzler (1)

- 1949–1963 Konrad Adenauer, CDU
- 1963–1966 Ludwig Erhard, CDU
- 1966–1969 Kurt-Georg Kiesinger, CDU
- 1969–1974 Willy Brandt, SPD
- 1974–1982 Helmut Schmidt, SPD
- 1982–1998 Helmut Kohl, CDU
- 1998–2005 Gerhard Schröder, SPD
- 2005–2021 Angela Merkel, CDU
- 2021–heute Olaf Scholz, SPD

Bisherige Bundeskanzler (2)



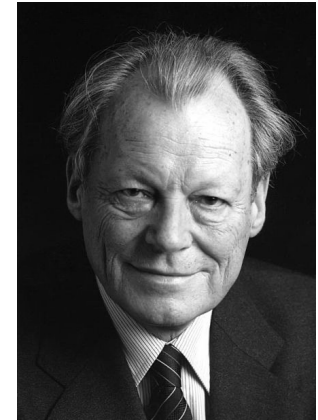
Konrad Adenauer



Ludwig Erhard



Kurt-Georg Kiesinger



Willy Brandt



Helmut Schmidt



Helmut Kohl



Gerhard Schröder



Angela Merkel

Bisherige Bundeskanzler (3)



Olaf Scholz

Der Bundeskanzler – Abwahl und Vertrauensfrage

- Abwahl: Art. 67 GG
 - Konstruktives Misstrauensvotum
 - Abwahl nur bei Wahl eines neuen Kanzlers mit absoluter Mehrheit
 - Innovation auf Basis der Erfahrungen von Weimar
- Vertrauensfrage nach Art. 68 GG
 - Mit oder ohne Verknüpfung mit einer Sachfrage
 - Absolute Mehrheit muss das Vertrauen aussprechen
 - Kanzler kann zurücktreten oder kann den Präsidenten um Auflösung des Parlaments bitten
- Achtung: Eine Parlamentsauflösung ist durch den Kanzler direkt nicht möglich, nur indirekt: Verlorene Vertrauensfrage und Zustimmung des Präsidenten zur Auflösung

Macht und ihre Grenzen: Der Bundeskanzler

Machtressourcen des Bundeskanzlers

- „Kanzlerdemokratie“ (Karl-Heinz Niclauß)

Grenzen der Macht des Bundeskanzlers

- Koalitionspartner
- Koalitionslage
- Innerparteiliche Macht
- Persönliche Charaktereigenschaften

Struktur der Vorlesung

Grundlegende Demokratietypen

Bundespräsident

Bundeskanzler

Bundeskabinett

Bundesministerien

Das zweite Prinzip: Das Kabinettsprinzip (Art. 65 GG)

- Kollektive Handlungsbefugnisse nach außen
 - Gesetzesinitiativen (Art. 76 GG)
 - Verordnungen (Art. 80 GG)
 - Allgemeine Verwaltungsvorschriften (Art. 80 GG)
- Kollektive regierungsinterne Kompetenzen
 - Lösung von Streitfragen (Art. 65 GG)
 - Besetzung von politischen Ämtern
- Das Kabinett (Kanzler und Minister) trifft sich wöchentlich
 - entscheidet formell mit einfacher Mehrheit
 - de facto im weitgehenden Konsens

Funktionen der Bundesregierung

- Durchführungsfunktion: Regierung sichert die Durchführung der Gesetze und ergänzt sie durch Verordnungen
- Steuerungsfunktion: Regierung entwirft Gesetze auf Basis der Vorstellungen der parlamentarischen Mehrheit

Durchführungsfunktion: Rechtsverordnungen (Art. 80 GG)

- Verordnungen sind sekundäres Recht (also untergesetzlich)
- Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen
- Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt sein
- Teilweise müssen Bundesrat oder Bundestag Verordnungen ex post zustimmen → Hoheit der Legislative
- Mit Rechtsverordnungen werden durch die Exekutive also die Inhalte von Gesetzen (der Legislative) spezifiziert

Kabinettsausschüsse

- Kabinettsausschüsse und interministerielle Ausschüsse dienen der Entlastung des Kabinettes.
- Der Vorsitz ist dem Bundeskanzler vorbehalten, wird i.d.R. jedoch durch den Chef des Bundeskanzleramtes wahrgenommen
- Kabinett bestätigt nur noch formell den Beschluss der Ausschüsse
- Die Ausschüsse sind prinzipiell dauerhaft (z.B. Bundessicherheitsrat, Wirtschaft), es entstehen jedoch neue und lösen sich wieder auf (z.B. Raumfahrt)

Koalitionsausschuss

- Informelles Gremium zur Vorstrukturierung von Entscheidungen
- Zentrale Aufgabe: Kompromissfindung bei schwierigen Entscheidungen in einer Koalition
- Ergebnisse besitzen im Regelbetrieb hohe Verbindlichkeit
- Besetzung variiert: Bundeskanzler, wichtige Minister, sowie Partei- und Fraktionsvorsitzende

Fünf Grundtypen von Regierungen, kombiniert durch Mehrheitsstatus und Parteienzahl

		Mehrheitsstatus		
Parteienzahl		Minderheits- regierung	Mehrheits- regierung	Übergroße Mehrheit
	Eine Partei	Einparteien- minderheits- regierung	Einparteien- mehrheits- regierung	
	Koalitions- regierung	Minderheits- koalition	Minimal- gewinn- koalition	Übergroße Koalition

Regierungsbildung: Koalitionsbildungstheorien (1)

- Koalitionstheorien erklären die Bildung von Koalitionen
- Zwei grundsätzliche Erklärungsansätze
 - Office
 - Policy
- Weniger leicht zu erklären durch Koalitionstheorien sind
 - Übergroße Koalitionen
 - Minderheitsregierungen

Regierungsbildung: Office-gebundene Koalitionsbildungstheorien (2)

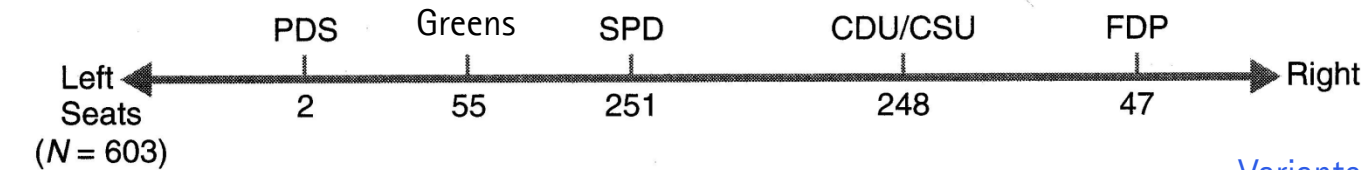
- Minimal winning coalitions [MWC] (Riker): Es werden nur so viele Parteien in die Regierung geholt, wie zur Bildung einer Mehrheit (50%+1) notwendig sind
- Varianten
 - Minimal winning (Alle 50%+1 Sitz Varianten)
 - Minimum size (Sitzzahl wird minimiert) [im Lehrbuch Clark/Golder/Golder: Least minimal winning]
 - Bargaining proposition (Parteienzahl wird minimiert)

Regierungsbildung: Policy-gebundene Koalitionsbildungstheorien (3)

- Office-gebundene Theorien können auch zu Kombinationen führen, die aus ideologischen Gründen keinen Sinn machen (z.B. Die Linke – CDU)
- Deshalb werden zusätzlich politische Positionen zur Erklärung herangezogen
- Minimal Connected Winning Coalitions [MCWC] (Axelrod 1970): Es bilden sich Koalitionen von nebeneinander liegenden Parteien, die minimal winning sind
- Varianten:
 - Minimal connected winning (alle nebeneinander liegende Koalitionen mit 50%+1 Sitz)
 - Minimum Range (Minimierung des ideologischen Abstandes)
 - Policy Viable (Starke Parteien, die den Medianabgeordneten beinhalten, sind zentral bei der Koalitionsbildung)

Deutschland 2002: Ein typischer Fall von Minimalgewinnkoalitionen

Party economic policy



Minimal winning coalitions (seat totals in parentheses)

- Greens-SPD (306)
- SPD-CDU/CSU (499)
- Greens-CDU/CSU (303)

Variante: Bargaining
Proposition prognostiziert alle drei MWC Varianten

Variante: Minimum Size
prognostiziert nur CDU/CSU-Grüne

Minimal connected winning coalitions (seat totals in parentheses)

- Greens-SPD (306)
- SPD-CDU/CSU (499)

Variante: Minimum Range
prognostiziert SPD-Grüne

Variante: Policy Viable
prognostiziert beide MCWC Varianten

FIGURE 12.1 *Coalition Possibilities in Germany, 2002*

Actual Government: Greens-SPD

Gallager/Laver/Mair 2006: 394

Regierungs- und Koalitionstypen in Deutschland

- Meistens finden sich Minimalgewinnkoalitionen
- In Deutschland gibt es üblicherweise keine Einparteienmehrheitsregierungen oder Minderheitsregierungen
- Ausnahmen sind Übergangsphasen
 - Absorption der DP durch die CDU in der dritten Legislaturperiode führt zu einer CDU Einparteienmehrheitsregierung
 - Auseinanderbrechen der SPD/FDP Regierung in 1982 führt zu einer Einparteienminderheitsregierung durch die SPD

Macht und ihre Grenzen: Die Bundesregierung

Machtressourcen der Bundesregierung

- Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesetzgebung (Art. 71–74 GG)
- Finanzierung von Bund und Ländern
- Personalpolitik in Parlament und Verwaltung und Bundesverfassungsgericht, EuGH, Bundesbank und EZB
- Klagemöglichkeiten beim Bundesverfassungsgericht
- Steuergesetzgebung

Grenzen der Macht der Bundesregierung

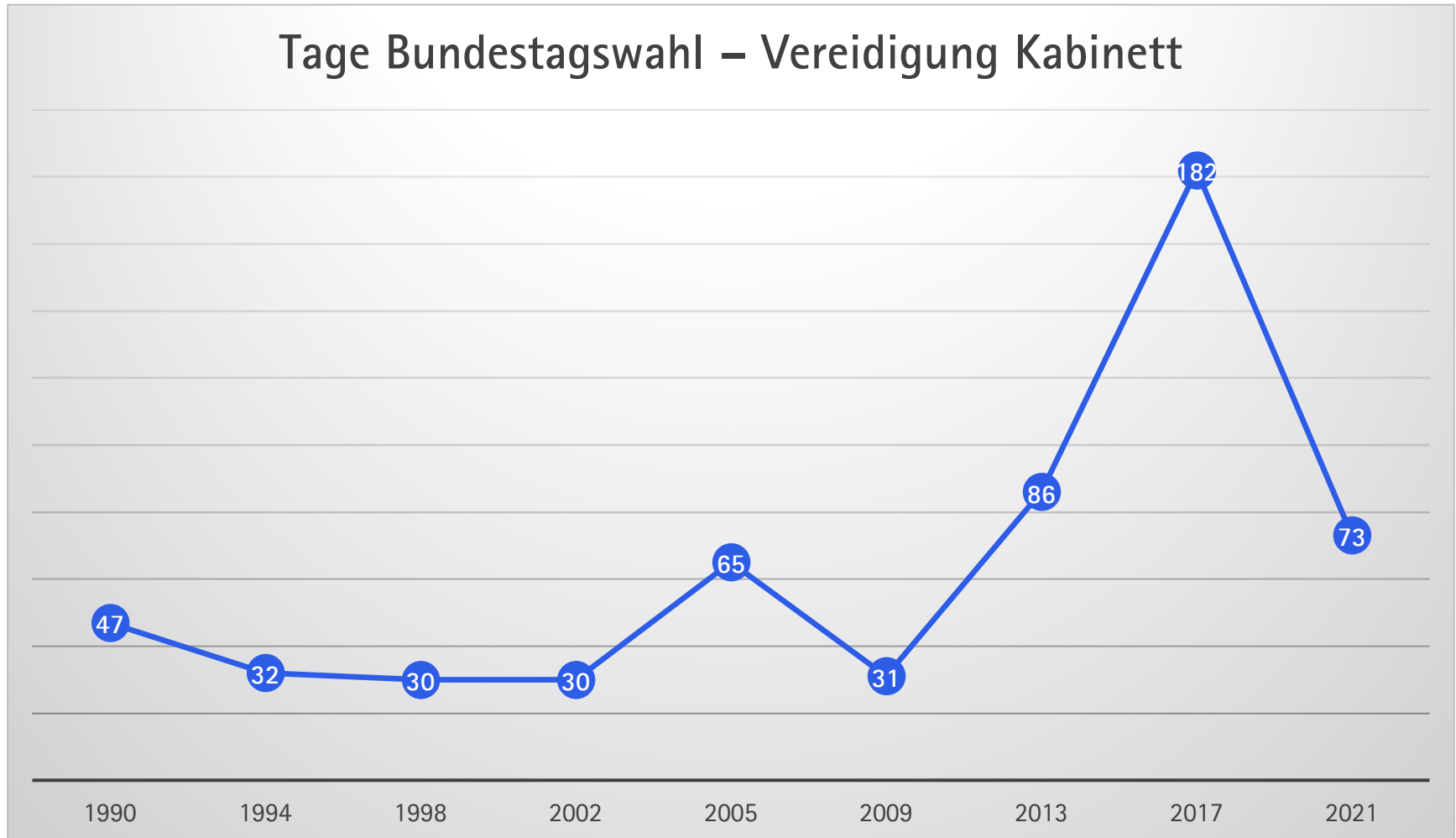
- Bundeskanzler: Keine Parlamentsauflösung, begrenzte Patronagemacht durch Föderalismus
- Gesetzgebung: Land der vielen Vetospieler: Koalitionsparteien, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht
- Finanzverfassung
- Aufgabenwahrnehmung Länder
- Globalisierung
- Massenmedien

Überleben der Bundesregierung

- In der Regel schnelle Regierungsbildung
- Hohe Stabilität von Regierungen
- Bisher:
 - 4 von 16 Wahlen vorgezogen (1972, 1983, 1990, 2005)
 - 2 konstruktive Misstrauensvoten (1972, 1982)
 - 5 Vertrauensfragen (1972, 1982, 1983, 2001, 2005)

Dauer der Regierungsbildung in Deutschland

Tage Bundestagswahl – Vereidigung Kabinett



Quelle: Datenhandbuch des Deutschen Bundestages

Konzeption und Messung von Regierungsstabilität

- Was bedeutet Regierungsstabilität bzw. Kabinettsstabilität?
Wann ist das Ende eines Kabinetts / einer Regierung gekommen?
- Mögliche Ansatzpunkte: Tausch Regierungschef, Tausch Minister, Tausch Regierungspartei, reguläres Ende der Legislaturperiode, vorgezogene Wahl etc.
- Zwei Operationalisierungsvarianten finden sich in der Literatur (z.B. Lijphart 1999)
 - Variante 1: Nur Wechsel einer Regierungspartei, z.B. von Merkel I zu Merkel II zu Merkel III: CDU/SPD zu CDU/FDP zu CDU/SPD
 - Variante 2: Jedes formale Ende (Ende einer Legislaturperiode, Austausch des Kanzlers, Kabinettsstatus), z.B. Rot-Grün 1998-2002, 2002-2005 sowie Wechsel von Brandt zu Schmidt unter Beibehaltung der Koalition

Berechnungsbeispiel Regierungsstabilität

- Government Duration 1:
Untersuchungszeitraum/(Regierungsparteiwechsel+1)
- Government Duration 2: Untersuchungszeitraum/(jeder Statuswechsel+1)
- Beispiel
 - Land A
 - Zeitraum 1952-2000
 - 11 Wechsel der Regierungsparteien
 - 23 Regierungsenden durch Wahlen, Premierwechsel, Wechsel der Koalitionspartner
- $V1 = (2000-1952)/(11+1)=4$
- $V2 = (2000-1952)/(23+1)=2$

Regierungsstabilität

- Berechnen Sie die Regierungsstabilität (Government Duration I) für Deutschland 1949–1998 aus den Daten des Datenhandbuch des Deutschen Bundestages
- <https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/06/kapitel-06/475940>
- https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch_archiv/datenhandbuch_archiv/196998

Rechenweg Regierungswechsel

- Gesamtdauer: (1998-1949) = 49
- Regierungswechsel: 13
- $= 49/(13+1) = 3,5$
- Wechsel:
9.10.53/23.7.55/21.3.56/29.10.57/17.11.61/20.10.65/28.10.66/1.1
2.66/21.10.69/17.9.82/1.10.82/3.10.90/17.1.91
- Besonderheiten: Nicht gerechnet DP fusioniert mit CDU 20.9.60

Struktur der Vorlesung

Grundlegende Demokratietypen

Bundespräsident

Bundeskanzler

Bundeskabinett

Bundesministerien

Das dritte Prinzip: Das Ressortprinzip (Art. 65 GG)

- Jeder Minister leitet seinen Geschäftsbereich in eigener Verantwortung
- Ressortzuschnitt ist aber von politischen Erwägungen bestimmt
- Die Ministerien nehmen sowohl ausführende Aufgaben wahr, als auch Aufgaben bei der Gesetzgebung

Auswahl von Bundesministern

- Bundesminister müssen nicht unbedingt Mitglieder des Bundestages sein
- Bundesminister haben jedoch überwiegend einen Hintergrund im Bundestag (1949-2007):
 - 68,8% waren bei Ernennung Mitglieder im Bundestag
 - 22,2% sind bei nächster Gelegenheit MbB geworden
 - 8,5% kein MdB als Kabinettsmitglied
 - 0,5% waren früher MdB
- Quelle: André Kaiser / Jörn Fischer (2009): Linkages between Parliamentary and Ministerial Careers in Germany, 1949 – 2008. The Bundestag as Recruitment Pool. German Politics 18 (2), 140-154

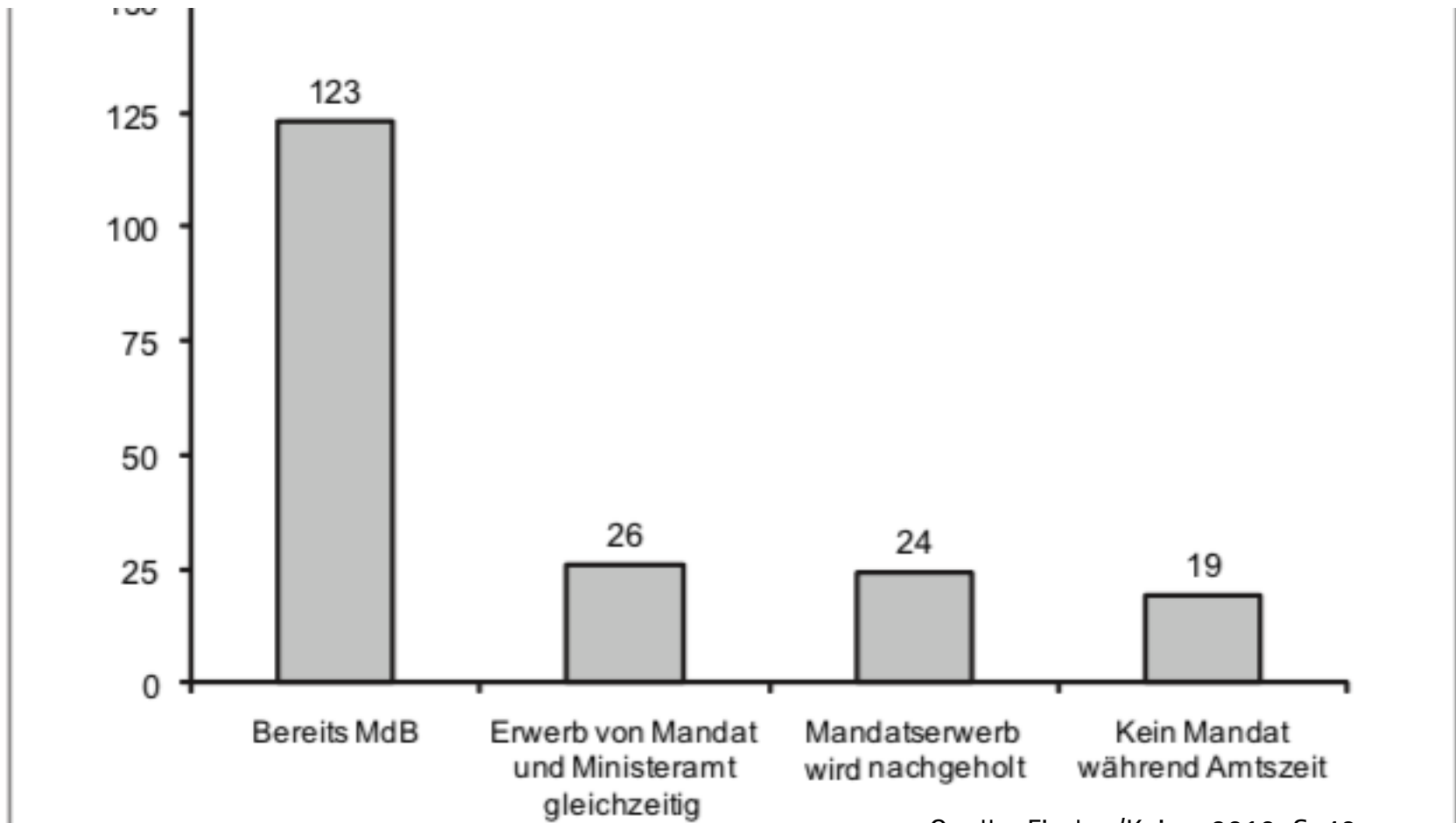
Ministersoziologie

Bundestag und Landtage sind Rekrutierungsorte für Ministerämter

<i>Tabelle 1: Karrieremuster der Bundesminister 1949 bis 2009*</i>		
Position im Deutschen Bundestag \ Mitglied in einer Landesregierung	nie vorher Mitglied einer Landesregierung	vorher Mitglied einer Landesregierung
Abgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär	23 ¹	0
Abgeordneter und Mitglied des Fraktionsvorstands	68	10
nur Abgeordneter	31	4
nie vorher Abgeordneter	29	27
* Stand: Ende Kabinett <i>Merkel</i> I (Oktober 2009); letzte Änderung: <i>Karl-Theodor zu Guttenberg</i> . ¹ Davon waren elf Minister auch im Fraktionsvorstand. Quelle: Eigene Recherchen.		

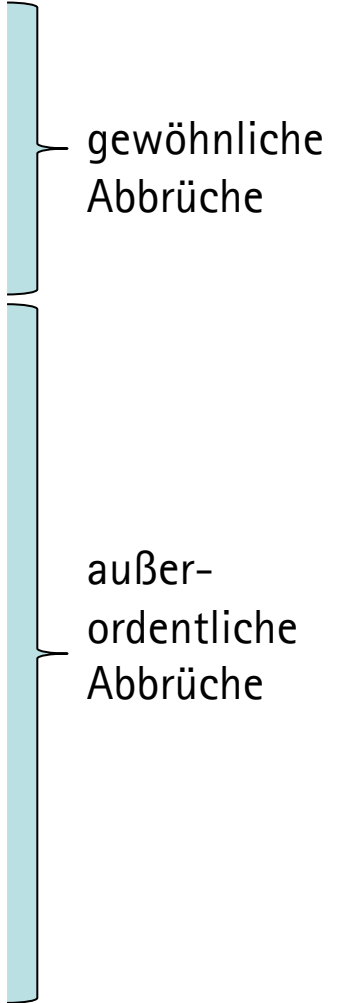
Quelle: Fischer/Kaiser 2010: S. 39

Vorherige Karriere der Minister in Relation zum Bundestag



Quelle: Fischer/Kaiser 2010: S. 40

Fünf Möglichkeiten das Ministeramt zu verlieren nach Fischer et al.

1. Ministeramt fällt Kabinettsumbildung zum Opfer
 2. Minister verliert das Amt, weil seine Partei nicht mehr Teil der Regierung ist.
 3. Minister tritt aufgrund eines hohen Drucks zurück, der aus einer Rücktrittsdebatte in der Öffentlichkeit entstanden ist.
 4. Ein Minister kann aus dem Amt gedrängt werden, wenn ihm ein anderer politischer Posten angeboten wird.
 5. Minister widerspricht der Regierungspolitik oder hat andere, politisch neutrale Gründe für einen Rücktritt.
- 

gewöhnliche
Abbrüche

außer-
ordentliche
Abbrüche

Verstärkung der Steuerung der ministeriellen Kapazität

- Einführung von parlamentarischen Staatssekretären 1969 zur Erhöhung der Steuerungsfähigkeit
 - Außenvertretung
 - Abnahme der politischen Aufgaben im Gesetzgebungsprozess
 - (Nachwuchsrekrutierung)
- Parlamentarische Staatssekretäre sind – im Gegensatz zu den verbeamteten StS – Mitglieder des Bundestages.
- In Koalitionen früher oft über Kreuz besetzt (CDU-Minister → SPD Staatssekretär), heute parallel
- 20. Legislaturperiode: 16 Minister plus Kanzler, 37 parlamentarische Staatssekretäre

Kabinettszusammensetzung

- Kabinettsallokation ist wichtig, weil in den Ministerien Gesetze entworfen werden und der jeweilige Fachminister Ressortverantwortung besitzt. Er besitzt also Agendasetzungsrechte
- Die Ressortverteilung hat auch starke Effekte auf die tatsächliche Politik einer Regierung (bei gegebener Parteienzusammensetzung)
- Gamson's Law bestimmt die Kabinettsverteilung
 - Der Kabinettsanteil einer Regierungspartei ist so hoch wie ihr Sitzanteil im Parlament
 - William A. Gamson (1961): A Theory of Coalition Formation, American Sociological Review 26 (3), 373–382

Gamson's Law am Beispiel der Bundestagswahlen 2009 und 2013

Partei (2013)	Sitze	Sitzanteil	Minister	Ministeranteil
CDU/CSU	311	61,71%	11	61,11%
<i>Davon CDU</i>	255	50,60%	7	38,89%
<i>Davon CSU</i>	56	11,11%	4	22,22%
SPD	193	38,29%	7	38,89%
	504	100,00%	18	100,00%

Partei (2009)	Sitze	Sitzanteil	Minister	Ministeranteil
CDU/CSU	239	71,99%	11	68,75%
<i>Davon CDU</i>	194	58,43%	8	50,00%
<i>Davon CSU</i>	45	13,55%	3	18,75%
FDP	93	28,01%	5	31,25%
	332	100,00%	16	100,00%

Ressortorganisation 2018

▪ Bundeskanzlerin	Angela Merkel	CDU
▪ Chef des Bundeskanzleramtes	Helge Braun	CDU
▪ Wirtschaft und Energie (BMWi)	Peter Altmaier	CDU
▪ Auswärtiges Amt (AA)	Heiko Maas	SPD
▪ Inneres (BMI)	Horst Seehofer	CSU
▪ Justiz und Verbraucherschutz (BMJV)	Katarina Barley	SPD
▪ Finanzen (BMF)	Olaf Scholz	SPD
▪ Arbeit und Soziales (BMAS)	Hubertus Heil	SPD
▪ Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)	Julia Klöckner	CDU
▪ Verteidigung (BMVg)	Ursula von der Leyen	CDU
▪ Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Franziska Giffey	SPD
▪ Gesundheit (BMG)	Jens Spahn	CDU
▪ Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)	Andreas Scheuer	CSU
▪ Bildung und Forschung (BMBF)	Anja Karliczek	CDU
▪ Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	Svenja Schulze	SPD
▪ Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Gerd Müller	CSU

Die inhaltlichen Kompetenzen der Ressorts variieren über Zeit: Beispiel Verbraucherschutz

- Bis 1998: Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Neu eingeführt unter Gerhard Schröder 2001
- Zuordnung zu Ressorts
 - Schröder I: Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Grüne)
 - Schröder II: Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Grüne)
 - Merkel I: Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (CSU)
 - Merkel II: Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (CSU)
 - Merkel III: Justiz und Verbraucherschutz (SPD)

Mögliche Klausurfragen (Bundesregierung)

- Wie ist das Verhältnis von Bundestag, Bundeskanzler und Bundespräsident hinsichtlich Ernennung und Entlassung geregelt?
- Welche Amtszeiten der nachstehenden Bundeskanzler sind chronologisch richtig?
- Weisen Sie Namen und Amtszeiten von Bundeskanzlern/Bundespräsidenten den nachstehenden Portraitfotos zu
- Welches sind die drei Prinzipien der Exekutivorganisation?
- Nennen Sie 4 in der Verfassung geregelte Aufgaben des Bundespräsidenten/Bundeskanzlers
- Was unterscheidet Rechtsverordnungen von Gesetzen im Bundesrecht?

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!